

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Tagesblatt Rietsch.
General Nr. 20

Verlagsort: Tagesblatt Rietsch.
General Nr. 20

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Rietsch, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 231.

Donnerstag, 3. Oktober 1918. abends.

71. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundschreibfläche (7 Spalten) 80 Pf., Überschrift 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Peste Karte. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläßt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rietsch. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panzer & Winterlich, Rietsch. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Rietsch; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Rietsch.

Unter teilweiser Abänderung der Bestimmungen in § 8 der Verordnung vom 22. Juli 1918 — 2080 V. L. A. III — über die Zusammenlegung der Schlachtungen und der Vorkosten (Sächs. Staatszeitung Nr. 170 vom 24. Juli 1918) und in Ergänzung des § 4 der Bekanntmachung über einheitliche Höchstpreise für Mehl, Kleinfleisch und Wurst vom 26. Juli 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 174 vom 29. Juli 1918) wird bis auf weiteres gestattet, von der Verarbeitung der Hinderzungen zu Wurst abzusehen. Sondernfalls sind die Hinderzungen dem Fleischer zum gleichen Preis zu überlassen, der für Kleinfleisch zu bezahlen ist.

Als Höchstpreise werden festgesetzt für 1 kg Hinderzunge in
Preiskategorie A Preiskategorie B Preiskategorie C
5.20 M. 5.00 M. 4.80 M.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Dresden, am 1. Oktober 1918.

4920 V. L. A. III

4551

Erlaß in der Reichsliste vom 30. September bis 6. Oktober 1918.

Als Ersatz für die ausfallende Fleischlieferung in der laufenden Woche werden
125 gr Mehl für die Person über 6 Jahre und
65 gr Mehl für die Person bis zu 6 Jahren

ausgegeben.

Die Ausgabe des Mehles erfolgt durch die Mäckerien und sonstigen Mehlverkaufsstellen. Das Mehl darf nur gegen Abgabe des Abschnittes E der Reichsliste, Amtshauptmannschaft Großenhain, Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918, Fleischliste Woche verarbeitet werden. Die Abschnitte sind nur gültig, wenn sie mit der Stammliste vorgelegt werden. Auf andere Kommunalverbände lautende Abschnitte sind nur dann zu beliefern, wenn der Beförderer durch eine schriftliche Bestätigung nachweist, daß er aus der Lebensmittelversorgung seines bisherigen Kommunalverbandes ausgegliedert ist. Sämtliche Ausgabestellen haben die Fleischartenabschnitte sorgfältig zu sammeln.

Die Vorgänge in Bulgarien.

Die Erklärung der Sobranje, bulgar. Abgeordnetenversammlung, am 30. 9. die außerordentliche Session der Sobranje mit folgender in Namen des Königs verlesenen Thronrede: Meine Herren! Die allgemeine Lage des Landes und die besondere Sorge, deren es bedarf, um die zahlreichen Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, die heldenhaft ihre Pflicht erfüllt hat, haben im Mai d. J. die Bildung der gegenwärtigen Regierung notwendig gemacht. Meine Herren Deputierten! Meine von der öffentlichen Meinung beauftragten und von meinem Vertrauen getragenen Regierung hat während des kurzen Zeitraumes, währenddessen sie die Geschäfte des Landes führte, alles getan, was die Umstände ihr gestatteten, um die zahlreichen und schwierigen Probleme zu lösen, welche die durch eine Reihe von Kriegsjahren geschaffene Lage ihr gestellt hat. Meine Herren Deputierten! Von der größten Loyalität gegen unsere Verbündeten erfüllt, hatten ich und meine Regierung nichts anderes im Auge, als unsere Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen und ihm sowie unseren tapferen Truppen die Möglichkeit zu geben, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen entsprechend den schmerzlichen Opfern, die das Volk zur Erreichung seiner Einheit auf sich genommen hat. In diesem Sinne wurde getan, was möglich war. Schließlich hat meine Regierung nach reiflicher Erwägung der Lage beschlossen, unseren zahlreichen Gegnern den Vorschlag zu machen, in Verhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes und eventuell eines Friedens einzutreten. Meine Herren Deputierten! Die Regierung, welche die geschaffene Lage und die Fülle der Fragen vor Augen hat, welche diese aufgeworfen und noch aufwerfen kann, hat beschlossen, die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ausschließlich, daß die Nationalversammlung in ihrer außerordentlichen Tagung sich mit anderen Angelegenheiten befassen können, die durch die Notwendigkeiten der gewöhnlichen regelmäßigen Verwaltung sich ausdrücken würden. Meine Herren! In der Überzeugung, daß Sie in Ihren Arbeiten und Entschlüsse jenseitige Geschlossenheit, Weisheit und patriotische Begeisterung an den Tag legen werden, die der gegenwärtigen Augenblick erfordert, siehe ich den Segen des Allmächtigen auf Ihre Arbeiten herab und erkläre die 4. außerordentliche Session der 17. ordentlichen Nationalversammlung für eröffnet. Es lebe Bulgarien! (Wangenhaltender Beifall.) Auf die Vorlesung der Thronrede folgte die übliche gottesdienstliche Handlung, worauf der Ministerpräsident Malinow vorschlug, daß die Sobranje sich bis Freitag vertage möge, damit er dem Volke und den Vertretern der Nation eine erschöpfende Darstellung über die allgemeine Lage und namentlich über die bedürftigen Verhandlungen geben könne. Die Versammlung nahm diesen Vorschlag an, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Weissenau in Mazedonien. Der amtliche bulgarische Bericht meldet: Mazedonische Front: Entsprechend dem Abschluß des Waffenstillstandes, der von heute ab gilt, sind die militärischen Operationen eingestellt worden. — Aus Berlin wird uns von einem militärischen Mitarbeiter geschrieben: Die Lage in Bulgarien ist noch völlig ungeklärt. Sicher ist, daß die Divisionen der Mittelmächte dem Frieden die Verbindung mit Konstantinopel ebensowenig überlassen, wie die bulgarischen Eisenbahnen. Mit den kampfbereiten Resten der bulgarischen Armee wird es gelingen, die Mazedonische Front wieder aufzurichten. — Dem Wiener Korrespondenzbüro wird aus Sofia vom 30. September gemeldet: Die gegen Sofia vordringenden Deutsche sind von Regierungstruppen bei Blabaja im Witschewitz zurückgedrängt worden. Für die Hauptstadt besteht keine Gefahr. — Die Wiener Blätter erblicken den Grund dafür, daß der Oberkommandierende General der Verbandsgruppen in Saloniki gegen alle Erwartung den Waffenstillstand bewilligte, anstatt den plötzlich begonnenen Siegeslauf der Salonikarmee ohne Unterbrechung und ohne Rücksicht auf die Bitte der Bulgaren fortzusetzen, nur darin, daß sich die Salonikarmee bei Verfolgung der zurückweichenden bulgarischen Truppen in Weite und Breite auslasse von ihrer

Basis entfernte. So scheint dem Generalissimus von Saloniki die Waffenpause fast noch wichtiger gewesen zu sein als seinem verärgerten Gegner. Die militärische Aufgabe der verbündeten Heeresleitungen muß darin bestehen, diese Zeit auszunutzen. Andererseits war die rasche Bereitwilligkeit des feindlichen Generals zur Gewährung der Waffenruhe für Malinows Volk eine Ergründung, denn sie ermöglichte ihm Lasten zu schaffen. Für die Mittelmächte ist die Aufgabe klar vorgezeichnet. Sie werden dem Verbände nicht den Gefallen erweisen, in dem Schritte Malinows eine Katastrophe zu erblicken. Die rechte und obere Aufgabe der Mittelmächte ist, die militärische Lage des verbündeten Ostens fest in die Hand zu nehmen, ihre wirtschaftlichen Notwendigkeiten sicherzustellen, den Verkehr mit der Türkei freizubehalten. In den obersten militärischen Kreisen der Mittelmächte ist man voller Zuversicht, daß dies gelingen werde.

Die Türkei und die Lage in Bulgarien. Der bulgarische Botschafter in Konstantinopel Dr. Kolowisch, ist mit dem Botschafter in Konstantinopel eingetroffen. Der bulgarische Botschafter hatte eine längere Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Ahmed Refik. Die Partei für Einheit und Fortschritt hielt am Nachmittag eine Versammlung ab. Der Großwesir sprach dabei über die Lage. Talat Pascha erklärte: Der Abschluß der Verhandlungen in Berlin befriedigt alle türkischen Interessen. Durch die Maßnahmen der Verbündeten seien die Grenzgebiete in Bulgarien zunächst aufgehoben worden. Alle notwendigen Maßregeln wurden von der türkischen Regierung getroffen. Das Blatt „Kati“ meldet: Alle in Konstantinopel weilenden muslimanischen Abgeordneten der bulgarischen Sobranje wurden von Hadzslawow aufgefordert, sofort nach Sofia abzureisen.



Hammer u. Ambos

Stolz und Geschicklichkeit des deutschen Arbeiters haben den Stahl härten für unsere Waffen zu Wehr und Sieg, Was wäre das Los des Arbeiters, wenn die Vertriebungslinie der Feinde gelänge? Mit Hoß und Spott wies Hammer und Ambos ab. Mit der besten Arbeit erteilten Schlagworten seine wirtschaftlichen Erregungsschancen preisgeben?

Die neuen Männer.

Aus Berlin wird uns berichtet: Prinz Max von Baden wird der achte Kanzler des Deutschen Reiches werden. Die Reichsparteien hatten einmütig und dringend den Botschafter von Venedig gebeten, die Kanzlerschaft zu übernehmen. Er hat indessen unter Hinweis auf sein Alter und auf seine Befassung durch die Mitarbeit in der früheren Regierung bestimmt abgelehnt. Dagegen wird er weiterhin Botschafter bleiben und als solcher den neuen Herrn mit Rat und Tat unterstützen. Voraussichtlich dürfte auch Staatssekretär v. Dingelde das Auswärtige Amt weiter behalten, da der Kaiser sein Rücktrittsgesuch bisher nicht angenommen hat und ein Berufsdiplomat auf diesem verantwortungsvollen Posten gegenwärtig für unerlässlich gilt. Auch das Reichsmarineminister wird seinen neu ernannten Vetter den Admiral Mann Ocker von Tielser beibehalten. Ob der Reichsmarineminister Freiherr von Stein nur in seiner Eigenschaft als Oberkommandierender durch den General Groener ersetzt wird oder ganz zurücktritt, steht noch nicht fest. Das Reichspostamt behält ebenfalls seinen bisherigen Staatssekretär Hübner und ebenso bleibt der Reichsfinanzminister Graf Koerber.

zu je 100 Stück zu bündeln und bis spätestens 13. Oktober 1918 mit der Bestandsanzeige an die Reichsliste des Kommunalverbandes einzulenden.
Großenhain, am 2. Oktober 1918.
893 e v

Der Kommunalverband.

Süßfrüchte betr.

Nach § 1 Absatz 4 der Reichsgesetzgebung vom 29. Mai 1918 sind Süßfrüchte, die zur Verwendung als Frischgemüse angebaut und zu diesem Zwecke auch geerntet worden sind, von der Beschlagnahme ausgeschlossen, sofern aber diese grün geernteten Süßfrüchte nicht als Frischgemüse verbraucht, sondern durch Dörren haltbar gemacht worden sind, unterliegen sie der Beschlagnahme genau so wie ausgereifte Süßfrüchte.

Hierauf werden die Süßfrüchterezeuger besonders noch hingewiesen.

Großenhain, am 30. September 1918.

1176 a l. Der Kommunalverband.

Die Hände unter den Pferden

1. des Botschafters Emil Altschöke in Riga,
2. des Botschafters Max Rindner in Riga,
3. des Botschafters Emil Wilmis in Riga,
4. des Botschafters Oswald Müch in Riga,
5. des Botschafters Wilhelm Brumbach in Weiden,
6. des Reichsrichters Dr. Müller in Gumburg,
7. des Botschafters Hans Kaul in Röhrenau und
8. des Botschafters Robert Föhler in Leitbain

ist erloschen.

Großenhain, am 30. September 1918.

1841 b E. Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Dagegen wird wahrscheinlich das Reichswirtschaftsamt in zwei Reichsämtern geteilt, und das von ihm abgewählte neue Reichsarbeitsamt mit einem Staatssekretär aus der Sozialdemokratie besetzt werden. Falls Freiherr von Stein das Reichsamt für Wirtschaftspragen nicht weiter führen will, würde ein Zentrumsgesandter an seine Stelle treten. Außerdem wird ein neues Reichsamt für propagandistische Aufgaben gebildet werden, dessen Leitung einem Staatssekretär aus der Zentrumsfraktion anfallen soll. An die Spitze des Reichsamts des Innern wird ein fortschrittlicher Abgeordneter als Staatssekretär treten. In fast allen Reichsämtern sollen dann Parlamentarier aus den drei Reichsparteien als Unterstaatssekretäre tätig sein. Die Fraktionen haben gegenseitig Männer aus ihrer Mitte bereits auf eine Vorkandidatliste gebracht, die dem neuen Kanzler zur Bestätigung unterbreitet wird. Natürlich hat er das Recht, hier dann eventuell noch besondere Wünsche geltend zu machen. Insbesondere wird er für seine Reichskanzlei außer einem parlamentarischen Staatssekretär noch einen zweiten Staatssekretär seines ganz persönlichen Vertrauens erhalten, der nicht von den Parteien abhängig ist. Die Nationalliberalen gelten als einbezogen in die neue Reichsregierung, wenn ihre bisherigen Regierungsdirektoren Staatssekretäre von Krause, Unterstaatssekretär Dr. Schiller und Vizepräsident Dr. Friedberg bereit sind, ihre Ämter beizubehalten. Im preussischen Staatsministerium wird voraussichtlich jede der drei Reichsparteien noch durch einen Minister vertreten erhalten. Die Liste der neuen Männer dürfte schon sehr bald, wahrscheinlich im Laufe des heutigen Donnerstags, vom Kaiser bestätigt und veröffentlicht werden.

Eine weitere dringliche Aufgabe ist die Vereinbarung eines neuen Regierungsprogramms zwischen dem Prinzen Max von Baden und den Reichsparteien. Diese haben unter einander bereits vollständige Einigung über acht Programmpunkte erzielt, die jetzt der Nachprüfung und Besprechung mit dem künftigen Kanzler unterliegen. Wie man hört, steht auch hier die Einigung unmittelbar bevor. Da die Nationalliberalen vor kurzem ein Programm entworfen haben, das in allen wesentlichen Bestimmungen mit dem Regierungsprogramm der Reichsparteien übereinstimmt, und da die konservative Fraktion am Mittwoch beschlossen hat, sich auf den Boden der kaiserlichen Politik vom 30. September zu stellen, so ist eine Zusammenfassung aller politischen Kräfte und ein gezieltes Zusammenarbeiten aller Parteien unter dem neuen Reichskanzler gesichert. Im Interesse des Vaterlandes kann das nur begrüßt werden.

Eine Beratung unter Vorbehalt des Kaisers. Der Koller und Generalfeldmarschall von Hindenburg sind gestern Nachmittag zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Nachmittag 6 Uhr fand im Reichskanzlerpalais unter dem Vorbehalt Seiner Majestät des Kaisers und Königs eine Beratung statt, an der Reichskanzler Graf Hertling, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Prinz Max von Baden, Botschafter von Venedig, Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Chef des Geh. Zivilkabinetts von Berg und mehrere Staatssekretäre teilnahmen.

Ein Beschluß der Konservativen. Die deutschkonservative Fraktion des Reichstages hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Die konservative Fraktion war und ist entschlossen, sich auf den Boden des kaiserlichen Erlasses vom 30. September d. J. zu stellen und sich auch unter opfernder Überzeugung an einer Regierung zu beteiligen, die sich zur Aufgabe macht, alle Kräfte des Volkes in geschlossener und einheitlicher Front für die ehrenvolle Beendigung des Krieges einzusetzen.

Die Sozialdemokraten und die Kandidatur des Prinzen Max. Es wird angenommen, daß es gelingen werde, die Sozialdemokraten für eine Kandidatur des Prinzen Max von Baden zu gewinnen, gegen die sie sich bisher auf das Entschiedenste ausgesprochen haben.

Erzberger, Staatssekretär des Reichspressenamts. An der Spitze des neu zu errichtenden Reichspressenamts soll der Zentrumsgesandte Erzberger treten und ihm ein fortschrittlicher und ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär beigegeben werden.